

**Haushaltssicherungsbericht**  
**2014**  
**und**  
**Haushaltssicherungskonzept**  
**2016**  
**der**  
**Stadt Burgdorf**



## Haushaltssicherungsbericht 2014

### Rechtsgrundlage

Gem. § 110 Abs. 6 NKomVG ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, sofern der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden kann. Darin ist festzulegen, innerhalb welchen Zeitraums der Haushaltsausgleich erreicht, wie der ausgewiesene Fehlbetrag abgebaut und wie das Entstehen eines neuen Fehlbetrages in künftigen Jahren vermieden werden soll.

Das Haushaltssicherungskonzept ist spätestens mit der Haushaltssatzung zu beschließen und der Kommunalaufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen. Ist nach Satz 1 ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen und war dies bereits für das Vorjahr der Fall, so ist über den Erfolg der Haushaltssicherungsmaßnahmen ein Haushaltssicherungsbericht beizufügen. Im Haushaltssicherungsbericht wird über den Erfolg der Haushaltssicherungsmaßnahmen berichtet.

Im Folgenden werden die Maßnahmen des Jahres 2014, die zur Sicherung bzw. Konsolidierung des Haushalts der Stadt Burgdorf vorgenommen worden sind, dargestellt und deren Umsetzung kurz erläutert.

### Haushaltssicherungsmaßnahmen 2014

Die am 12.12.2013 vom Rat beschlossene Haushaltssatzung 2014 weist einen strukturellen Fehlbetrag von 4.483.800 € aus. Als Konsolidierungsziel sieht das gleichzeitig verabschiedete Haushaltssicherungskonzept 2014 Mehrerträge / Minderaufwendungen in Höhe von **1.227.700 €** vor. Die einzelnen Maßnahmen waren:

Nr.	Produkt	Bezeichnung	aus HSK	Wert in €	Begründung
1	11102	Geschäftsaufwendungen allgemein	2014	15.800	Reduzierung des Leistungsumfangs
2	11102	Geschäftsaufwendungen Bürobedarf	2014	10.400	Reduzierung des Leistungsumfangs
3	11102	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	2014	5.000	Reduzierung des Leistungsumfangs
4	21100	GP-GS - Unterhaltungskosten	2014	0	Durch Standortverlegung geringere Unterhaltungskosten (ab 2016)
5	21700 21800	Gymnasium Gesamtschulen	2014	0	Verringerung der Zahlung von Gastschulgeldern durch Gründung eigener IGS (ab 2016)
6	365...	Gebühren Kindergarten	2011	24.500	Anpassung der Gebühren um 3% im Jahr 2011 und 2% im Jahr 2013
7	365...	Gebühren Kindergarten	2013	2.000	Mehrertrag KiTa-Gebühren durch Umstellung der Gebührenstaffelungen
8	52100	Gebühren Bauverwaltung	2012	1.000	Erhebung von Verwaltungsgebühren für Akteneinsichten
9	53810	Unterhaltung Kläranlage	2014	0	Reduzierung der Betriebskosten mittels anaerober Schlammstabilisierung (Klärschlammfäulung) (ab 2016)
10	55300	Friedhöfe	2014	84.000	Neue Gebührenstaffelung
11	55300	Friedhöfe	2014	0	Rekommunalisierung der Friedhofspflege ab November 2015
12	57101	Stadthaus (ehem. VAZ)	2014	15.000	Reduzierung Zuschussbedarf
13	57500	Fremdenverkehr	2014	0	Wegfall des Mitgliedsbeitrages Tourismusverband Region Hannover e. V. (ab 2015)
14	versch.	Prozessoptimierung	2012	100.000	Erwartetes monetäres Ergebnis durch Prozessoptimierungen
15	versch.	Kalkulatorische Verzinsung	2013	60.000	Mehrertrag von kalkulatorischen Zinsen bei Erhöhung des Zinssatzes auf 4 %.
16	versch.	Globale Minderausgaben / Ergebnisverbesserung	2011	900.000	Einsparung durch globale monetäre Zielvorgaben

**zu 1 Produkt 11102 - Geschäftsaufwendungen allgemein**  
Reduzierung des Leistungsumfangs

Minderaufwand ab 2014: 15.800 €

Umsetzung

Zu den allgemeinen Geschäftsaufwendungen gehören u. a. Porto, Veröffentlichungen, Telefongebühren, Literaturbezug u. ä. Entgegen der erhofften Einsparungen in Höhe von 15.800 € wurden tatsächlich 21.441,32 € über dem Haushaltsansatz angeordnet. Die Einsparung wurde folglich nicht erzielt, sondern noch weitere 6.441,32 € über den Vorjahresansatz verbraucht.

**zu 2 Produkt 11102 - Geschäftsaufwendungen Bürobedarf**  
Reduzierung des Leistungsumfangs

Minderaufwand ab 2014: 10.400 €

Umsetzung

Tatsächlich erfolgte eine Einsparung in Höhe von 9.647,92 €. Der angesetzte Wert wurde nur knapp verfehlt.

**zu 3 Produkt 11102 - Erwerb geringw. Vermögensgegenstände**  
Reduzierung des Leistungsumfangs

Minderaufwand ab 2014: 5.000 €

Umsetzung

Die Einsparung erfolgte in Höhe des angesetzten Wertes.

**zu 4 Produkt 21100 - Gudrun-Pauswang-Grundschule**  
Reduzierung der Unterhaltungskosten.

Minderaufwand ab 2016: 100.000 €

Umsetzung

Durch die Standortverlagerung entstehen geringere Unterhaltungskosten. Die Umsetzung erfolgt voraussichtlich erst in 2017.

**zu 5 Produkte 21700 - Gymnasium  
21800 Gesamtschulen**  
Reduzierung der Zahlung von Gastschulgeldern.

Minderaufwand ab 2016: 53.000 €

Umsetzung

Durch Gründung einer eigenen IGS in Burgdorf werden weniger Gastschulgelder fällig. Es ist davon auszugehen, dass bereits zu zahlende Gastschulgelder nicht eingespart werden können. Allerdings sollte eine jährliche Verringerung möglich sein, da künftig keine ‚Abwanderung‘ von Schülern erfolgen wird. Die sonst dafür aufzuwendenden Beiträge werden eingespart.

## **zu 6 Produkte 365... - Gebühren Kindergarten**

### Anpassung der Gebühren und Umstellung der Gebührenstaffelung

Mehrertrag ab 2011/2013: 26.500 € (gesamt)

#### Umsetzung

Die Erhöhung der Gebühren um 2% erfolgte bereits in 2013.

Die Änderung der Gebührensatzung wurde zum 01.08.2014 und 01.08.2015 beschlossen. Inhaltlich wurden zum einen die Gebührensätze harmonisiert (jede Stunde der Inanspruchnahme kostet gleiches Geld) und zum anderen der Kostendeckungsbeitrag der Elternbeiträge in eine angemessenere Größenordnung gebracht. Im Vergleich zum HH-Jahr 2013 hat sich der Ertrag für die „Benutzungsgebühren“ der Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft um 75.890,08 € erhöht.

Eine differenzierte Aufteilung der Mehrerträge auf die beiden Maßnahmen ist nicht möglich, dennoch ist ersichtlich, dass die Zielvorgabe erreicht wurde.

## **zu 7 Produkt 51100 - Städtebau und Städteplanung**

### Einführung von Gebühren für die Überprüfung und Korrekturen von Stadtplänen

Mehrertrag ab 2012: 1.700 €

#### Umsetzung

Die Änderung der Verwaltungskostensatzung erfolgte zum 01.01.2014. Entsprechende Gebühren werden anhand der Verwaltungskostensatzung über den Ansatz der lfd. Nr. 9 des Kostentarifs erhoben. Diese Regelung wird auf Dauer umgesetzt. – In 2014 gab es eine Aktualisierung eines Stadtplans. Dazu wurde eine Gebühr in Höhe von 450 € unter 51100 – 331100 eingenommen.

## **zu 8 Produkt 52100 Gebühren Bauverwaltung**

### Erhebung von Verwaltungsgebühren für Akteneinsichten

Mehrertrag ab 2012: 1.000 €

#### Umsetzung

Seit dem 01.01.2014 werden Gebühren für die Einsichtnahme in die durch die Stadt archivierte Bauakten (Gebäudeakten) erhoben. Es wurde ein Mehrertrag in Höhe von 1.089 € erzielt.

## **zu 9 Produkt 53810 - Unterhaltung Kläranlage**

### Reduzierung der Betriebskosten

Minderaufwand ab 2016: 165.000 €

#### Umsetzung

Mittels anaerober Schlammstabilisierung, auch als Klärschlammfäulung bezeichnet, wird ein Überschuss an elektrischer Energie gewonnen. Durch das Verfahren werden ab 2016 Kosten in Höhe von rd. 50 T€ für Strom, 60 T€ für Betriebsstoffe und 55 T€ bei der Entsorgung des Klärschlammes pro Jahr eingespart.

**zu 10 Produkt 55300 - Friedhöfe**

Erhöhung der Friedhofsgebühren

Mehrertrag ab 2014: 84.000 €

Umsetzung

Die Einnahmen lagen 58.000 € unter dem Ansatz. Die Zielvorgabe konnte in diesem Jahr nicht erreicht werden.

**zu 11 Produkt 55300 - Friedhöfe**

Einsparungen durch Rekommunalisierung der Friedhofspflege

Minderaufwand ab 2015: 13.500 € (anteilig)  
ab 2016: 81.000 €

Umsetzung

Seit dem 01.11.2015 ist der städtische Gärtnerbauhof wieder für die Friedhofsarbeiten zuständig. Die tatsächliche Einsparung kann erst nach einem Jahr anhand der Betriebsabrechnung (2017) ermittelt werden.

**zu 12 Produkt 57101 - Stadthaus (ehem. VAZ)**

Reduzierung Zuschussbedarf

Minderaufwand ab 2014: 15.000 €

Umsetzung

Für das Veranstaltungszentrum wurde ein neues Konzept erarbeitet und ein neuer Pächter für 2012-2016 gefunden. Dieser sollte das Konzept umsetzen und damit den Zuschussbedarf senken. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Der Pächter musste Insolvenz anmelden. Ein anderer Pächter übernahm das VAZ von 2013 bis Sommer 2014. Auch dieser Pächter konnte das Ziel nicht erreichen. Seit 2015 heißt das VAZ Stadthaus und wird von einem weiteren neuen Pächter betrieben. Die Folgejahre werden zeigen, ob dieser Pächter dazu in der Lage ist, den Zuschussbedarf zu senken.

**zu 13 Produkt 57500 - Fremdenverkehr**

Die Mitgliedschaft wird beendet.

Minderaufwand ab 2015: 2.600 €

Umsetzung

Wegfall des Mitgliedsbeitrages an den Tourismus Region Hannover e.V. (TRH) ab 2015.

**zu 14 verschiedene Produkte – Prozessoptimierung**

Erwartetes monetäres Ergebnis durch Prozessoptimierungen

Minderaufwand ab 2013: 100.000 €

### Umsetzung

Verschiedene Untersuchungen zu Prozessoptimierungen haben bereits stattgefunden. Daraus resultierende Umsetzungen haben bisher noch nicht zu konkreten monetären Einsparungen in der genannten Größenordnung geführt. Es wird aber weiter daran gearbeitet, durch Prozessaufnahmen weitere Bereiche zu überprüfen, um hier langfristig entsprechende Einsparungen zu generieren.

### **zu 15 verschiedene Produkte – kalkulatorische Verzinsung**

Mehrertrag von kalkulatorischen Zinsen bei Erhöhung des Zinssatzes auf 4 %.

Mehrertrag ab 2014: 60.000 €

### Umsetzung

Aufgrund der Erhöhung des Zinssatzes ergab sich ein Mehrertrag von 120.000 €.

### **zu 16 verschiedene Produkte - Globale Minderausgaben**

Einsparungen durch globale monetäre Zielvorgaben

### Umsetzung

Personal - u.a. verzögerte Neu- / Wiederbesetzung von freien Stellen, niedrigere Erfahrungsstufe bei Nachbesetzungen, Erschließen von Einnahmequellen bei Neueinstellungen (z.B. Förderung durch Arbeitsagentur, Berufsgenossenschaft o.ä.). Aufgrund von Tarifsteigerungen und Aufgabenzuwächsen steigen jedoch auch die Personalkosten regelmäßig an. Beispielhaft für Aufgabenzuwächse seien die Betreuungsangebote im Kinder- und Jugendbereich genannt, deren Zuwachs ausdrücklich gewollt bzw. gesellschaftlich notwendig geworden ist. Dem gegenüber stehen bereits praktizierte Aufgabenkritik und vereinzelte Stellenstreichungen, die in den jährlichen Stellenplänen umgesetzt werden. Insofern werden Kostensteigerungen häufig bereits durch Einsparungen im Stellenplan abgedeckt.

Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens - u.a. Verzicht auf Schönheitsreparaturen. Überprüfung der Standards bei Investitionen (z. B. kostengünstigere Realisierung bei Baumaßnahmen), spätere Umsetzung / Streckung einzelner Investitionen.

Kto.art	Bezeichnung	Vorgabe lt. HSK	vorl. Ergebnis (gerundet)
40	Personalaufwendungen	90.000 €	535.000 €
421	Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	174.000 €	991.000 €
422	Unterhaltung des beweglichen Vermögens u. Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	43.000 €	188.000 €
423	Mieten und Pachten	9.000 €	20.000 €
424	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	135.000 €	279.000 €
425	Haltung von Fahrzeugen	15.000 €	25.000 €
426	Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	14.000 €	53.000 €
427	Besondere Verwaltungs- u. Betriebsaufwendungen	113.000 €	262.000 €
429	Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen	1.000 €	47.000 €
431	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	143.000 €	995.000 €

442	Inanspruchnahme von Rechten u. Diensten	14.000 €	18.000 €
443	Geschäftsaufwendungen	9.000 €	22.000 €
444	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	14.000 €	40.000 €
445	Erstattungen für Aufwendungen von Dritten	19.000 €	-145.000 €
451	Zinsaufwendungen	101.000 €	116.000 €
452	Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite	6.000 €	40.000 €
		900.000 €	3.506.000 €

**Fazit:**

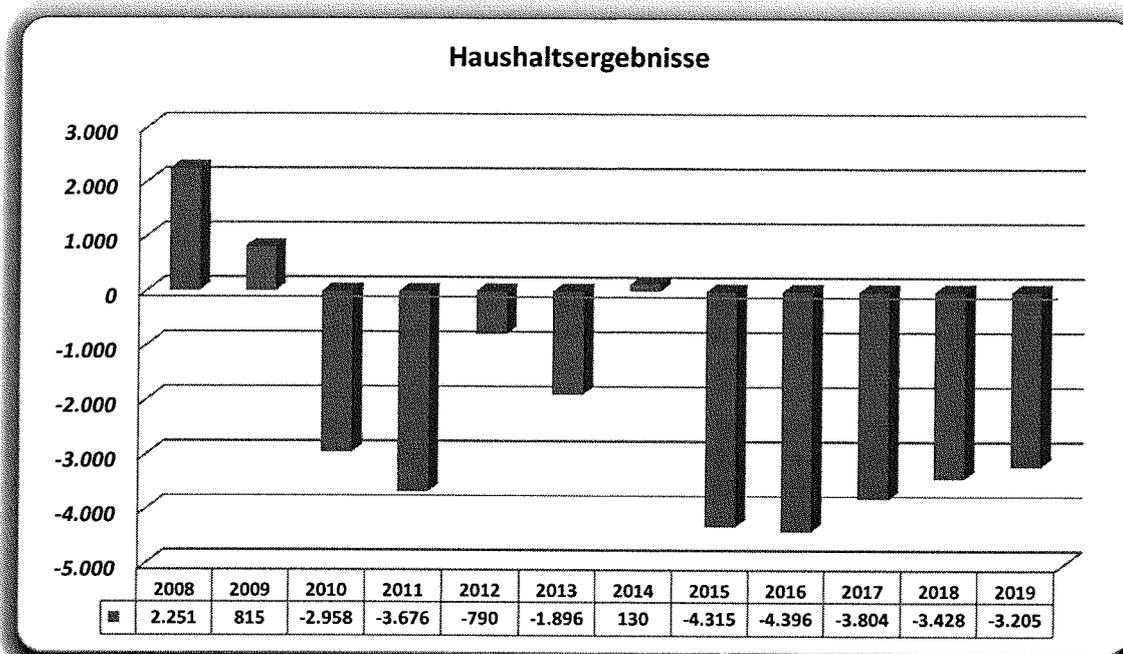
Die Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes konnten insgesamt weit übertroffen werden.

## Haushaltssicherungskonzept der Stadt Burgdorf für das Haushaltsjahr 2016

### 1. Ausgangslage

Die Stadt Burgdorf hat zum 01.01.2010 ihr Rechnungswesen von der Kameralistik auf das Neue Kommunale Rechnungswesen (NKR; Doppik) umgestellt. Ab diesem Zeitpunkt fanden somit die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben des NKR Anwendung, was sich auch auf die Beurteilung der Fragen des Haushaltsausgleichs und der Haushaltssicherung bezog.

Während die letzten kameral geführten Haushaltsjahre mit einem positiven Ergebnis, d.h. mit einem Überschuss im Verwaltungshaushalt abgeschlossen wurden, konnte seit dem Zeitpunkt der Umstellung auf die Doppik kein Ausgleich der Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt dargestellt werden.



*2008 – 2011 (z. T. kameral) Rechnungsergebnisse, 2012 – 2014 vorl. Ergebnisse, 2015 – 2019 Pläne*

Aus dem Gesamtergebnisplan des vorliegenden Haushaltsplanes 2016 ist erkennbar, dass die Ergebnishaushalte im gesamten weiteren Finanzplanungszeitraum (2017 – 2019) mit Fehlbeträgen abschließen.

	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>
	<b>€</b>	<b>€</b>	<b>€</b>	<b>€</b>
ordentliche Erträge	57.174.600	58.672.000	59.769.000	60.963.300
ordentliche Aufwendungen	61.570.500	62.475.700	63.196.800	64.168.700
<b>Saldo (Defizit)</b>	<b>-4.395.900</b>	<b>-3.803.700</b>	<b>-3.427.800</b>	<b>-3.205.400</b>

## 2. Rechtliche Grundlagen

Die Gemeinden sind nach § 110 NKomVG verpflichtet, ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Der Haushalt soll in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein.

Kann dieser Haushaltsausgleich nicht erreicht werden, so ist gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz definiert die Rechtsgrundlage für die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts in § 110 Abs. 6 wie folgt:

„Kann der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden, so ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Darin ist festzulegen,

- innerhalb welchen Zeitraums der Haushaltsausgleich erreicht,
- wie der ausgewiesene Fehlbetrag abgebaut und
- wie das Entstehen eines neuen Fehlbetrags in künftigen Jahren vermieden werden soll.

Das Haushaltssicherungskonzept ist spätestens mit der Haushaltssatzung zu beschließen und der Kommunalaufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen.“

Die im Haushaltssicherungskonzept zu treffenden Maßnahmen sollen dazu beitragen, den Ausgleich des Ergebnishaushaltes im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung, d. h. hier bis zum Jahr 2019, wieder herzustellen.

Bei der Aufstellung und der inhaltlichen Ausgestaltung von Haushaltssicherungskonzepten sind die mit Bekanntmachung des MI vom 30.10.2007 festgelegten ‚Hinweise zur Aufstellung und inhaltlichen Ausgestaltung des Haushaltssicherungskonzepts (§ 110 Abs. 6 NKomVG)‘ zu beachten.

Danach sind die notwendigen Maßnahmen konkret und verbindlich zu beschreiben. Der genaue Umsetzungszeitpunkt, die Umsetzungsmethode und das bezifferte Einsparvolumen jeder Einzelmaßnahme sind zu benennen. Die finanziellen Auswirkungen der einzelnen Umsetzungsschritte sind im Hinblick auf die Erträge und Aufwendungen der Haushalte des Aufstellungsjahres und der Folgejahre festzulegen. Der bloße Hinweis im Haushaltssicherungskonzept auf abstrakte Prüfungsaufträge (wie in den früheren Konsolidierungskonzepten erfolgt) genügt dabei ausdrücklich nicht den besonderen Anforderungen des § 110 Abs. 6 NKomVG.

Des Weiteren sind alle Möglichkeiten der Ertragsverbesserung zu überprüfen. Alle nicht auf Gesetz beruhenden Leistungen sind detailliert aufzulisten, kritisch auf ihre Erforderlichkeit hin zu überprüfen und ggf. konsequent zu reduzieren. Aufwandserhöhungen im Bereich der nicht auf Gesetz beruhenden Leistungen sind einzeln darzustellen und zu begründen.

## 3. Analyse der aktuellen Lage / Ursachen für die Fehlbetragsentwicklung

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 weist im ordentlichen Ergebnis (Erträge: rd. 57,175 Mio. €, Aufwendungen: rd. 61,571 Mio. €) einen Fehlbetrag in Höhe von 4,396 Mio. € aus. Vergleicht man diese Zahlen mit dem Ergebnis des Haushaltsjahres 2009 (letzter kameraler Haushalt; Einnahmen u. Ausgaben jew. rd. 48,108 Mio. €, Ergebnis /Zuführung an VermHH +814 T€) ergibt sich eine **Ergebnisverschlechterung** von rd. **5,21 Mio. €**.

Die Probleme bezüglich des Haushaltsausgleichs liegen nicht nur, doch auch in der Umstellung des Rechnungswesens von der Kameralistik auf die Doppik begründet. Im Vergleich zur Kameralistik müssen in der Doppik nicht nur alle zahlungswirksamen Ein- und Auszahlungen zum Ausgleich gebracht werden, sondern auch alle zahlungsunwirksamen Aufwendungen wie z. B. Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen. Daneben haben sich durch die Umstellung u. a. auch die Kriterien für die Beurteilung von Baumaßnahmen hinsichtlich ihrer Veranschlagung im investiven Bereich (entspr. Vermögenshaushalt) oder im Aufwand (entspr. Verwaltungshaushalt) geändert. Allein durch diese Umstände fällt das Defizit im Jahr 2016 um rd. 5,454 Mio. € höher aus.

Die Analyse der aktuellen haushaltswirtschaftlichen Lage ist für die Stadt Burgdorf kein erstmaliger und einmaliger Prozess, der vor dem Hintergrund der Erfordernisse der Haushaltssicherung durchgeführt wird. Vielmehr findet sich im jährlichen Vorbericht zum Haushaltsplan und in den Rechenschaftsberichten zum Jahresabschluss bereits eine Vielzahl verschiedenster Grafiken und Tabellen, welche die Entwicklung wesentlicher Daten chronologisch abbilden.

Die Gründe für die Veränderungen (zum Jahr 2009 und den Vorjahren) sind vielfältig und waren nur zum Teil von der Stadt Burgdorf zu vertreten (interne Gründe). Ein Großteil der Faktoren für die Ergebnisverschlechterung wurde von außen hereingetragen und war von der Stadt Burgdorf – wenn überhaupt – nur geringfügig zu beeinflussen (externe Gründe).

Bei den externen Gründen können beispielsweise angeführt werden:

- der Rechtsanspruch auf Krippenbetreuung
- die Doppik-Umstellung mit den systembedingten zusätzlichen Aufwendungen
- Tarifsteigerungen
- Eingriffe der Landesregierung in den kommunalen Finanzausgleich
- Einführung einer Entschuldungsumlage

Die aufgeführten Gründe sind nur einige Beispiele und erheben keinesfalls Anspruch auf Vollständigkeit.

Als interne Faktoren sind u. a. die Ausweitung der Betreuungszeiten in den Kindertagesstätten und die Einführung einer Offenen Ganztagschule an allen Grundschulen zum Beginn des Schuljahres 2011/2012 zu nennen.

#### **4. Haushaltssicherungskonzepte 2010 bis 2015**

Aufgrund der Tatsache, dass es der Stadt Burgdorf seit dem Jahr 2010 nicht mehr gelungen ist, in der Planung ihren (ordentlichen) Haushalt auszugleichen, besteht seit 2010 auch die Verpflichtung, jährlich ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen bzw. das bestehende fortzuschreiben. Die Ergebnisse aus den bisher beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen haben zwar nicht dazu geführt, das Entstehen der Fehlbeträge zu verhindern, sie haben aber sehr wohl dazu beigetragen, dass die Fehlbetragsentwicklung in den einzelnen Haushaltsjahren deutlich geringer ausgefallen ist. Nachstehend ist eine Übersicht aller Konsolidierungsmaßnahmen der Jahre 2010 bis 2015 aufgeführt:

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Abt.	aus HSK	Wert 2015	Begründung
					€	
1	11100	Städtepartnerschaften	10	2012	1.400	Einsparung der jährlichen Haushaltsmittel zur Pflege der Städtepartnerschaften
2	11100	Großraumentdeckertag	10	2012	1.500	Keine weitere Beteiligung der Stadt Burgdorf an der zentralen Veranstaltung zum Großraumentdeckertag in Hannover
3	11101	Öffentlichkeitsarbeit	10	2012	3.000	Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit (Werbematerial, Broschüren, Give-Aways etc.)
4	11102	Verwaltungsnebenstellen	10	2011	26.000	Schließung der Verwaltungsnebenstellen Otze und Raml. / Ehlersh.
5	11102	Geschäftsaufwendungen allgemein	10	2014	15.800	Reduzierung des Leistungsumfangs
6	11102	Geschäftsaufwendungen Bürobedarf	10	2014	10.400	Reduzierung des Leistungsumfangs
7	11102	Erwerb geringw. Vermögensgegenstände	10	2014	5.000	Reduzierung des Leistungsumfangs
8	11102	Softwarelizenzen	10	2015	1.000	Löschung von Softwarelizenzen auf versch. Arbeitsplätzen
9	div. 426100	Schulungen	10	2015	17.500	Externe Schulungen für neue Programme durch interne Schulungen ersetzen.
10	11102	Senkung Bedarf an Verbrauchsmitteln	10	2015	2.000	Senkung der Verbrauchsmittel durch Einsatz neuer Druckertechnologien.
11	11106	Glasreinigungskosten	25	2010	0	Reduzierung d. Reinigung von 2x auf 1x jährl. alle zwei Jahre
12	11106	Gebäudewirtschaft - Betriebskosten	25	2011	15.000	Reduzierung der Unterhaltungs- und Bewirtschaftungsaufwendungen durch die Veräußerung von Liegenschaften (Weidendamm, V.d.Celler Tor, Eseringer Str., Ratsweg)
13	11106	Energieeinsparungen	25	2012	2.800	Energieeinsparungen durch Sanierung der Heizung und der Wärmedämmung in der GS Otze
14	11112	Vermessung u. Werbung Grundstücke	80	2010	10.000	Verzicht auf nicht zwingende Vermessung/Werbung
15	11112	Aufwend. f. sonst. Dienstleistungen	80	2010	500	Reduktion Pflege städt. Flächen durch Bauhof
16	12201	Bürgerbüro	33	2012	20.000	Reduzierung der Öffnungszeiten im Bürgerbüro, dadurch Einsparung 1/2 Stelle
17	12201	Bürgerbüro	33	2013	40.000	Streichung des Zuschussbetrages für den Bereich KfZ-Zulassung
18	12203	Verwarnungsgelder fließender Verkehr	39	2011	23.000	Anschaffung neue Kamera und Optimierung der Einsatzmöglichkeiten der Kamera zur Überwachung des fließenden Verkehrs
19	.3321.	Benutzungsgebühren		2011	79.000	Erhöhung der Benutzungsgebühren um 10% mit Ausnahme der kostendeckenden Bereiche (Abwasser u. Straßenreinigung) und der Kindergärten
20	21100	Gudrun-Pausewang-Grundschule - Benutzungsgebühren	40	2010	2.000	Erhöhung d. Pauschale f. Nutzung Sporthalle TSV 1. Handball
21	21100	Lehrschwimmbecken Gudrun-Pausewang-GS	40	2012	33.300	Sofortige und endgültige Schließung des Lehrschwimmbeckens in der Gudrun-Pausewang-Grundschule (saldierte Auswirkungen)
22	21100	Gudrun-Pausewang-Grundschule - Unterhaltungskosten	25	2014	0	Durch Standortverlegung geringere Unterhaltungskosten (ab 2016)
23	21700 21800	Gymnasium Gesamtschulen	40	2014	0	Verringerung der Zahlung von Gastschulgeldern durch Gründung eigener IGS (ab 2016)
24	24300	Zuschüsse an übrige Bereiche - Schulbeihilfen	40	2010	30.000	Zahlung Zuschuss für ALG II Empfänger durch Job Center

25	27200	Stadtbücherei	40	2012	5.000	Reduzierung der Haushaltsmittel im Budget der Stadtbücherei (Vorschlag von Abt. 15 aufgrund Controlling-Untersuchung)
26	27200	Stadtbücherei	40	2013	3.000	Verbesserung des Kostendeckungsgrades alle 2 Jahre um 1%
27	28100	Aufwendungen für Schützenfeste und Ratschießen	10	2012	4.600	Die Schützenfeste und das Ratschießen werden nicht mehr finanziell unterstützt
28	31500	Benutzungsgebühren	32	2010	1.000	Anpassung der Nebenkostenpauschale
29	31501	Essen auf Rädern	50	2012	500	Streichung des freiwilligen Zuschusses für den Fahrdienst Essen auf Rädern der Diakonie
30	36300	Jugendamt	51.2	2012	50.000	Durch geeignete Maßnahmen soll die Notwendigkeit von Heimunterbringungen vermieden werden
31	365...	Gebühren Kindergarten	51.1	2011	24.500	Anpassung der Gebühren um 3% im Jahr 2011 und 2% im Jahr 2013
32	365...	Gebühren Kindergarten	51.1	2013	2.000	Mehrertrag KiTa-Gebühren durch Umstellung der Gebührenstaffelungen
33	365...	Gebühren Kindergarten	51.1	2015	95.000	Harmonisierung der Kitagebühren zum 01.08.14 und 01.08.15
34	42100	Allgemeine Sportförderung	40	2013	2.800	Einstellung der Erwachsenenförderung
35	42400	Anpassung Energiekostenbeteiligungen	40	2015	10.000	Anpassung der Energiekostenbeteiligung der Sportvereine für die Nutzung städt. Einrichtungen.
36	42401	Bäder Zuschuss an WBB	40	2011	23.000	Erhöhung Eintrittspreise HFB um 10%
37	51100	Städtebau- und Stadtplanung	61	2013	10.000	Verringerung der Vergabe von externen Planungsleistungen
38	51100	Gebühren Städtebau- und Stadtplanung	61	2012	1.700	Einführung von Gebühren für die Überprüfung und Korrekturen von Stadtplänen
39	51100	Gebühren Städtebau- und Stadtplanung	61	2012	1.000	Gebührenerhöhung für Vorkaufsrechtsverzichtserklärungen und für Mehrausfertigungen von B-Plänen
40	52100	Gebühren Bauverwaltung	60	2012	1.000	Erhebung von Verwaltungsgebühren für Akteneinsichten
41	53700	Abfallentsorgung	66	2011	3.500	Verringerung der Abfallmengen
42	53700	Abfallentsorgung	66	2015	1.600	Nutzungserlöse für Wertstoffinseln
43	53810	Abfallbeseitigung - Abwasser	66	2011	10.000	Verringerung der Abfallmengen
44	53810	Unterhaltung Kläranlage	66	2014	0	Reduzierung der Betriebskosten mittels anaerober Schlammstabilisierung (Klärschlammfäulung) ( ab 2016)
45	54100	Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze	66	2011	1.000	Abstellen der LSA Marktstr., Poststr./Schlossstr., Rathaus I, Vor den Höfen
46	54100	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	66	2011	1.300	Abstellen der LSA Marktstr., Poststr./Schlossstr., Rathaus I, Vor den Höfen
47	54100	Unterhaltung Grünflächen, Baumschnittarbeiten	66	2011	15.000	Umstellung der Baumschnittarbeiten, verstärkter Einsatz eines Mietsteigers, dadurch geringere Kosten
48	54500	Optimierung der Straßenreinigung	22	2013	10.000	Reduzierung der Reinigungsklassen, dadurch Verringerung des öffentlichen Anteils
49	54501	Reduzierung der Stromkosten für Straßenbeleuchtung	66	2012	30.000	Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtungsanlagen z.B. in unkritischen Bereichen und / oder Nebenstraßen im Zeitraum von 01.00 Uhr bis 04.00 Uhr
50	54600	Ausweisung zusätzlicher Parkplätze zur Bewirtschaftung mit Parkscheinautomaten	66	2012	18.000	Bewirtschaftung von ca. 45 Parkplätzen auf dem Schützenplatz und ca. 21 Parkplätzen auf dem Finanzamtparkplatz mit Parkscheinautomat (vorher Bewirtschaftung mit Parkscheibe)
51	55100	Reduzierung Baumpflegemaßnahmen	66	2012	12.000	Durch Auslichtung zu dicht wachsender Gehölzbestände soll im Laufe der nächsten Jahre der Aufwand für Baumpflegemaßnahmen dauerhaft gesenkt werden

52	55200	Gewässerunterhaltung	31	2012	10.000	Streichung des Zuschusses für die Realverbände zur Gewässerunterhaltung der Gewässer III. Ordnung
53	55300	Friedhöfe	66	2014	84.000	Neue Gebührenstaffelung
54	55300	Friedhöfe	66	2014	0	Rekommunalisierung der Friedhofspflege ab November 2015
55	55400	Zuschüsse an übrige Bereiche an andere Träger	31	2011	1.100	Reduzierung / Aussetzung der Zuschüsse für private Baumpflegemaßnahmen
56	55400	Hundetoiletten	31	2012	10.000	Finanzierung der Hundetoiletten durch Sponsoren
57	57100	Stadt- und Standortwerbung	80	2012	2.500	Reduzierung von Werbeanzeigen mit allgemeinem Charakter
58	57100	Mittel für Standortwerbung	80	2010	12.000	Reduzierung Etat für Standort- und Imagewerbung/Sponsorensuche
59	57100	Pflegemaßnahmen Bauhof/Gärtnerbauhof	80	2010	5.000	Reduzierung Kosten/Pflegemaßnahmen Bauhof
60	57101	Veranstaltungszentrum	25	2014	15.000	Reduzierung Zuschussbedarf
61	57300	Haltung von Fahrzeugen	66	2011	4.500	Reduzierung der Kosten durch Neuanschaffung
62	57301	Anteil Bilanzgewinn Stadtparkasse	20	2011	23.200	Erhöhung des Anteils am Bilanzgewinn der Stadtparkasse Burgdorf
63	57500	Druckerzeugnisse zur Imagewerbung	80	2010	1.500	Verzicht auf Druckerzeugnisse / Sponsorensuche
64	57500	Bauhof für Fremdenverkehrsförderung	80	2010	500	Verzicht auf Maßnahmen durch den Bauhof
65	57500	Fremdenverkehr	80	2014	0	Wegfall des Mitgliedsbeitrages Tourismusverband Region Hannover e.V. (ab 2015)
66	61100	Grundsteuer A/B	20	2010 2011 2013 2015	342.000	Anhebung der Hebesätze auf 415 v. H. i.J 2011, 420 v.H. i.J. 2012, 425 v.H. i.J. 2013, 435 v.H. i.J. 2014 465 v.H. i.J. 2015
67	61100	Gewerbsteuer	20	2010 2011 2013 2015	198.000	Anhebung der Hebesätze auf 415 v. H. i.J 2011, 420 v.H. i.J. 2012 und 425 v.H. i.J. 2013 440 v.H. i.J. 2015
68	61100	Grund- / Gewerbesteuer	20	2012	50.000	Mehreinnahmen bei der Grund- und Gewerbesteuer durch mittelfristige zusätzliche Impulse aus der Vermarktung von Gewerbeflächen, insbesondere am neuen Standort Nordwest
69	61100	Gewerbsteuer	20	2013	0	Prüfung der Hebesätze unter Berücksichtigung des Umfeldes
70	61100	Hundesteuer	20	2011	6.000	Anhebung der Hundesteuer um 5%
71	61100	Vergnügungssteuer	20	2012	33.200	Anhebung des Steuersatzes für die Spielgerätesteuern von 12% auf 14% ab 01.07.2013
72	61200	Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite	21	2011	70.000	Zinsersparnis durch Optimierung der Liquiditätsplanung
73	126, 21, 272, 365 366	Budgetierungsrichtlinien	20	2012	15.000	Einsparungen durch die Einführung von einheitlichen Budgetierungsrichtlinien
74	versch.	Prozessoptimierung	15	2012	100.000	Erwartetes monetäres Ergebnis durch Prozessoptimierungen
75	versch.	Kalkulatorische Verzinsung	20	2013	60.000	Mehrertrag von kalkulatorischen Zinsen bei Erhöhung des Zinssatzes auf 4 %
76	versch.	Globale Minderausgaben / Ergebnisverbesserung		2011	900.000	Einsparungen durch globale monetäre Zielvorgaben

## Maßnahmen, die später als vorgesehen umgesetzt werden

Nr.	Produkt	Bezeichnung	aus HSK	Wert	Begründung
17	12201	Bürgerbüro	2013	40.000	Streichung des Zuschussbetrages für den Bereich KFZ-Zulassung
22	21100	GP-GS - Unterhaltungskosten	2014	100.000	Durch Standortverlegung geringere Unterhaltungskosten (ab 2016)
56	55100, 55400	Hundetoiletten	2012	10.000	Finanzierung der Hundetoiletten durch Sponsoren
73	versch.	Budgetrichtlinien	2012	15.000	Einsparungen durch die Einführung von einheitlichen Budgetierungsrichtlinien

### zu 17 Produkt 12201 - Bürgerbüro

Streichung des Zuschussbetrages für den Bereich KFZ-Zulassung

Minderaufwand ab 2014: 40.000 €

#### Umsetzung

Bisher fand keine Prüfung statt.

### zu 22 Produkt 21100 - Gudrun-Pauswang-Grundschule

Reduzierung der Unterhaltungskosten.

Minderaufwand ab 2016: 100.000 €

#### Umsetzung

Durch die Standortverlagerung können die Unterhaltungskosten gesenkt werden. Die Umsetzung erfolgt voraussichtlich in 2017.

### zu 56 Produkte 55100,55400 - Hundetoiletten

Finanzierung der Hundetoiletten durch Sponsoren

Minderaufwand ab 2013: 10.000 €

Für die Kosten der Unterhaltung konnten bisher noch keine Sponsoren gefunden werden. Es wird aber weiterhin versucht, Sponsoren zu finden.

### zu 73 verschiedene Produkte - Budgetrichtlinien

Einsparungen durch Einführung von einheitlichen Budgetrichtlinien

Minderaufwand ab 2013: 15.000 €

#### Umsetzung

Die neue Budgetrichtlinie liegt als Entwurf vor. Es ist geplant, diese baldmöglichst zu beschließen, anschließend erfolgt die Umsetzung im Haushalt.

## **Umgesetzte und dauerhaft wirkende Maßnahmen**

Dauerhafte Mehreinnahmen oder Minderausgaben, die sich aus einzelnen Haushaltskonsolidierungskonzepten ergeben, werden in den Folgejahren direkt in der Haushaltsplanung berücksichtigt. Dies bedeutet, die Erträge bzw. Ersparnisse hieraus beeinflussen direkt und dauerhaft in den jeweiligen Haushaltsjahren die Rechnungsergebnisse aller Folgejahre.

Da sie aber nicht zusätzlich wirken, werden die jeweiligen Maßnahmen aus vorangegangenen Haushaltssicherungskonzepten lediglich informativ aufgeführt (siehe nachfolgende Übersicht). Ohne diese Maßnahmen wären die jährlichen Fehlbeträge wesentlich höher. Hauptsächlich verdeutlicht die Auflistung aber auch, welche enormen Anstrengungen bereits in der Vergangenheit unternommen wurden, um die Defizite zurückzuführen.

## Umgesetzte und dauerhaft wirkende Maßnahmen

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Abt.	aus HSK	Vorgabe (2014)	Ergebnis (2014)	Begründung	Umsetzung
1	11100	Städtepartnerschaften	10	2012	1.400	1.400	Einsparung der jährlichen Haushaltsmittel zur Pflege der Städtepartnerschaften	dauerhaft umgesetzt
2	11100	Großraumdeckertag	10	2012	1.500	1.500	Keine weitere Beteiligung der Stadt Burgdorf an der zentralen Veranstaltung zum Großraumdeckertag in Hannover	dauerhaft umgesetzt
3	11101	Öffentlichkeitsarbeit	10	2012	3.000	3.000	Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit (Werbematerial, Broschüren, Give-Aways etc.)	dauerhaft umgesetzt
4	11102	Verwaltungsnebenstellen	10	2011	26.000	26.000	Schließung der Verwaltungsnebenstellen Otze und Raml./Ehlershausen	dauerhaft umgesetzt
5	11102	Geschäftsaufwendungen Bürobedarf	10	2014	10.400	9.648	Reduzierung des Leistungsumfangs	Tatsächlich erfolgte eine Einsparung in Höhe von 9.647,92 €. Der angesetzte Wert wurde nur knapp verfehlt.
6	11102	Erwerb geringw. Vermögensgegenstände	10	2014	5.000	5.000	Reduzierung des Leistungsumfangs	Die Einsparung erfolgte in Höhe des angesetzten Wertes.
7	11106	Glasreinigungskosten	25	2010	10.000	10.000	Reduzierung d. Reinigung von 2x auf 1x jährl. alle zwei Jahre	dauerhaft umgesetzt
8	11106	Gebäudewirtschaft - Betriebskosten	25	2011	15.000	0	Reduzierung der Unterhaltungs- und Bewirtschaftungsaufwendungen durch die Veräußerung von Liegenschaften (Weidendamm, V.d.Celler Tor, Eseringer Str., Ratsweg)	dauerhaft umgesetzt
9	11106	Energieeinsparungen	25	2012	2.800	2.151	Energieeinsparungen durch Sanierung der Heizung und der Wärmedämmung in der GS Otze	dauerhaft umgesetzt
10	11112	Vermessung u. Werbung Grundstücke	80	2010	10.000	10.000	Verzicht auf nicht zwingende Vermessung/Werbung	dauerhaft umgesetzt
11	11112	Aufwend. f. sonst. Dienstleistungen	80	2010	500	500	Reduktion Pflege städt. Flächen durch Bauhof	dauerhaft umgesetzt
12	12201	Bürgerbüro	33	2012	20.000	20.000	Reduzierung der Öffnungszeiten im Bürgerbüro	dauerhaft umgesetzt
13	12201	Bürgerbüro	33	2013	40.000	0	Streichung des Zuschussbetrages für den Bereich Kfz-Zulassung	Bisher fand keine Prüfung statt.
14	.3321.	Benutzungsgebühren		2011	79.000	64.135	Erhöhung der Benutzungsgebühren um 10% mit Ausnahme der kostendeckenden Bereiche (Abwasser u. Straßenreinigung) und der Kindergärten	Eine Erhöhung konnte nur teilweise erreicht werden. Eine Überprüfung der Benutzergebühren hinsichtlich etwaiger Erhöhungen wird aber weiter erfolgen.
15	21100	Gudrun-Pausewang-Grundschule - Benutzungsgebühren	40	2010	2.000	2.000	Erhöhung d. Pauschale f. Nutzung Sporthalle TSV 1. Handball	dauerhaft umgesetzt
16	21100	Lehrschwimmbecken Gudrun-Pausewang-GS	40	2012	33.300	33.300	Sofortige und endgültige Schließung des Lehrschwimmbekens in der Gudrun-Pausewang-Grundschule (saldierte Auswirkungen)	dauerhaft umgesetzt

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Abt.	aus HSK	Vorgabe (2014)	Ergebnis (2014)	Begründung	Umsetzung
17	24300	Zuschüsse an übrige Bereiche - Schulbeihilfen	40	2010	30.000	30.000	Zahlung Zuschuss für ALG II Empfänger durch Job Center	dauerhaft umgesetzt
18	27200	Stadtbücherei	40	2012	5.000	5.000	Reduzierung der Haushaltsmittel im Budget der Stadtbücherei (Vorschlag von Abt. 15 aufgrund Controlling-Untersuchung)	dauerhaft umgesetzt
19	28100	Aufwendungen für Schützenfeste und Ratschießen	10	2012	4.600	4.600	Die Schützenfeste und das Ratschießen werden nicht mehr finanziell unterstützt	dauerhaft umgesetzt
20	31500	Benutzungsgebühren	32	2010	1.000	-	Anpassung der Nebenkostenpauschale	dauerhaft umgesetzt
21	31501	Essen auf Rädern	50	2012	500	500	Streichung des freiwilligen Zuschusses für den Fahrdienst Essen auf Rädern der Diakonie	dauerhaft umgesetzt
22	365..	Gebühren Kindergarten	51.1	2011	24.500	gesamt: 75.890	Anpassung der Gebühren um 3% im Jahr 2011 und 2% im Jahr 2014	dauerhaft umgesetzt
23	365...	Gebühren Kindergarten	51.1	2013	2.000		Mehrtrag Kita-Gebühren durch Umstellung der Gebührentafelungen	dauerhaft umgesetzt
24	42100	Allgemeine Sportförderung	40	2013	2.800	2.800	Einstellung der Erwachsenenförderung	dauerhaft umgesetzt
25	42401	Bäder Zuschuss an WBB	10	2011	23.000	0	Erhöhung Eintrittspreise HFB um 10%	dauerhaft umgesetzt
26	51100	Städtebau- und Stadtplanung	61	2013	10.000	10.127	Verringerung der Vergabe von externen Planungsleistungen	dauerhaft umgesetzt
27	51100	Gebühren Städtebau- und Stadtplanung	61	2012	1.700	450	Einführung von Gebühren für die Überprüfung und Korrekturen von Stadtplänen	Entsprechende Gebühren werden grundsätzlich erhoben. In 2014 fiel jedoch nur eine Überprüfung für externe Stadtpläne an.
28	51100	Gebühren Städtebau- und Stadtplanung	61	2012	1.000	0	Gebührenerhöhung für Vorkaufsverzichtserklärungen und für Mehrausfertigungen von B-Plänen	Eine Gebührenerhöhung für Vorkaufsverzichtserklärungen und für Mehrausfertigungen von B-Plänen wurde angeregt. Nach entsprechender Änderung der Verwaltungskosten-Satzung erfolgt eine dauerhafte Umsetzung
29	52100	Gebühren Bauverwaltung	60	2012	1.000	1089	Erhebung von Verwaltungsgebühren für Akteneinsichten	dauerhaft umgesetzt
30	53700	Abfallentsorgung	66	2011	3.500	3.500	Verringerung der Abfallmengen	dauerhaft umgesetzt
31	53810	Abfallbeseitigung - Abwasser	66	2011	10.000	10.000	Verringerung der Abfallmengen	dauerhaft umgesetzt
32	54100	Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze	66	2011	1.000	1.000	Abstellen der LSA Marktstr., Poststr./Schlossstr., Rathaus I, Vor den Höfen	dauerhaft umgesetzt
33	54100	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	66	2011	1.300	1.300	Abstellen der LSA Marktstr., Poststr./Schlossstr., Rathaus I, Vor den Höfen	dauerhaft umgesetzt

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Abt.	aus HSK	Vorgabe (2014)	Ergebnis (2014)	Begründung	Umsetzung
34	54100	Unterhaltung Grünflächen, Baumschnittarbeiten	66	2011	15.000	19.417	Umstellung der Baumschnittarbeiten, verstärkter Einsatz eines Mietsteigers, dadurch geringere Kosten	dauerhaft umgesetzt
35	54600	Ausweisung zusätzlicher Parkplätze zur Bewirtschaftung mit Parkscheinautomaten	66	2012	18.000	29.600	Bewirtschaftung von ca. 45 Parkplätzen auf dem Schützenplatz und ca. 21 Parkplätzen auf dem Finanzamparkplatz mit Parkscheinautomat (vorher Bewirtschaftung mit Parkscheibe)	dauerhaft umgesetzt
36	55100	Reduzierung Baumpflegemaßnahmen	66.1	2012	6.000	6.000	Durch verstärkte Ausfichtung zu dicht wachsender Gehölzbestände soll im Laufe der nächsten Jahre der Aufwand für Baumpflegemaßnahmen dauerhaft gesenkt werden	dauerhaft umgesetzt
37	55200	Gewässerunterhaltung	31	2012	10.000	10.000	Streichung des Zuschusses für die Realverbände zur Gewässerunterhaltung der Gewässer III. Ordnung	dauerhaft umgesetzt
38	55300	Friedhöfe	66	2014	84.000	0	Neue Gebührenstaffelung	Die Einnahmen lagen 58.000 € unter dem Ansatz.
39	55400	Zuschüsse an übrige Bereiche an andere Träger	31	2011	1.100	1.100	Reduzierung / Aussetzung der Zuschüsse für private Baumpflegemaßnahmen	dauerhaft umgesetzt
40	57100	Stadt- und Standortwerbung	80	2012	2.500	2.500	Reduzierung von Werbeanzeigen mit allgemeinem Charakter	dauerhaft umgesetzt
41	57100	Mittel für Standortwerbung	80	2010	12.000	12.000	Reduzierung Etat für Standort- und Imagewerbung/Sponsorsuche	dauerhaft umgesetzt
42	57100	Pflegemaßnahmen Bauhof/Gärtnerbauhof	80	2010	5.000	5.000	Reduzierung Kosten/Pflegemaßnahmen Bauhof	dauerhaft umgesetzt
43	57300	Haltung von Fahrzeugen	66	2011	4.500	16.146	Reduzierung der Kosten durch Neuanschaffung	dauerhaft umgesetzt
44	57301	Anteil Bilanzgewinn Stadtparkkasse	20	2011	23.200	23.200	Erhöhung des Anteils am Bilanzgewinn der Stadtparkkasse Burgdorf	dauerhaft umgesetzt
45	57500	Druckerzeugnisse zur Imagewerbung	80	2010	1.500	1.500	Verzicht auf Druckerzeugnisse/Sponsorsuche	dauerhaft umgesetzt
46	57500	Bauhof für Fremdenverkehrs-förderung	80	2010	500	500	Verzicht auf Maßnahmen durch den Bauhof	dauerhaft umgesetzt
47	61100	Grundsteuer A	20	2010 2011 2013	8.300	5.400	Anhebung des Hebesatzes um 10 %	Die Hebesätze für die Grundsteuern A und B wurden gemäß den Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 entsprechend erhöht.
48	61100	Grundsteuer B	20	2010 2011 2013	275.000	42.600	Anhebung des Hebesatzes um 10 %	
49	61100	Gewerbesteuer	20	2010 2011 2013	320.000	1.301.000		Keine Anhebung des Hebesatzes in 2014
50	61100	Hundesteuer	20	2011	6.000	4.945	Anhebung der Hundesteuer um 5%	dauerhaft umgesetzt

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Abt.	aus HSK	Vorgabe (2014)	Ergebnis (2014)	Begründung	Umsetzung
51	61100	Vergnügungssteuer	20	2012	33.200	79.000	Anhebung des Steuersatzes für die Spielgerätesteuer von 12% auf 14%	dauerhaft umgesetzt
52	61200	Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite	21	2011	70.000	40.300	Zinssparnis durch Optimierung der Liquiditätsplanung	An der Optimierung der Liquiditätsplanung wird dauerhaft gearbeitet.
53	versch.	Prozessoptimierung	15	2012	100.000	0	Erwartetes monetäres Ergebnis durch Prozessoptimierungen	dauerhaft umgesetzt
54	versch.	Kalkulatorische Verzinsung	20	2013	60.000	120.000	Mehrtrag von kalkulatorischen Zinsen bei Erhöhung des Zinssatzes auf 4%	dauerhaft umgesetzt

## 5. Neue Sicherungsmaßnahmen 2016

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Ergebnisverbesserung			
			2016	2017	2018	2019
			€	€	€	€
1	11106	Gebäudewirtschaft - Energiekosteneinsparungen bei div. Gebäuden	24.200	48.560	48.560	48.560
2	21300-22100	Einführung eines Energiesparmodells in Schulen	12.500	12.500	12.500	12.500
3	21700	Gymnasium - Einsparung Unterhaltungskosten für den C-Trakt	118.800	59.400	0	0
4	56100	Mitgliedsbeitrag ALG	0	300	300	300
5	56100	Mitgliedsbeitrag Klima-Bündnis	220	220	220	220
6	61100	Vereinbarung mit der Region Hannover betr. Erstattung nach § 90 III SGB VIII	378.000	378.000	378.000	378.000
7	61100	Erhöhung Vergnügungssteuer	11.000	22.000	115.000	115.000
			<b>520.520</b>	<b>472.420</b>	<b>506.020</b>	<b>506.020</b>
<b>Maßnahmen, die noch nicht im Haushaltsplan 2016 berücksichtigt wurden und somit das Ergebnis 2016 verbessern</b>						
1	versch.	Globale Minderausgaben / Ergebnisverbesserung	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Neben den aufgeführten konkreten und verbindlichen Maßnahmen arbeitet die Stadt Burgdorf permanent daran, den Haushalt so weit wie möglich zu entlasten. Für die unmittelbare Zukunft sind in diesem Zusammenhang u.a. auch Untersuchungen in folgenden Bereichen vorgesehen bzw. bereits begonnen:						
1	11103	Personalwesen				
2	11106	Gebäudewirtschaft				
3	div.	Freiwillige Leistungen				
Diese Maßnahmen wurden (noch) nicht in die Auflistung der Sicherungsmaßnahmen aufgenommen, da es sich hierbei bisher nur um Prüfaufträge handelt und sich die zu erzielenden Einsparungen derzeit weder zeitlich noch vom Umfang her beziffern lassen						

### zu 1 Produkt 11106 - Gebäudewirtschaft Energiekosteneinsparungen bei div. Gebäuden

Minderaufwand ab 2016: 24.200€

#### Umsetzung

Energiekosteneinsparungen aufgrund von Kesselerneuerungen in div. Gebäuden und einem neuen Blockheizkraftwerk.

### zu 2 Produkten 21300-22100 - Schulen Einführung eines Energiesparmodells in Schulen

Minderaufwand ab 2016: 12.500 €

#### Umsetzung

In Workshops soll Schülern/innen, Lehrern/innen und den Hausmeistern das Wissen vermittelt werden wie Energie gespart werden kann, auch um dies im Privatleben zu nutzen. Durch die Verhaltensveränderung bei Schülern, Lehrern und Hausmeistern soll eine Reduktion des Energieverbrauchs erreicht werden.

**zu 3 Produkt 21700 - Gymnasium**

Gymnasium – Einsparung Unterhaltungskosten

Minderaufwand ab 2016: €

Umsetzung

Einsparung der Unterhaltungskosten für den abgerissenen C-Trakt.

**zu 4 Produkten 56100 - Umweltschutzmaßnahmen**

Mitgliedsbeitrag ALG

Minderaufwand ab 2017: 300 €

Umsetzung

Kündigung der Mitgliedschaft und damit Einsparung des Beitrages. Die Kündigung erfolgt zum 31.12.2016.

**zu 5 Produkten 56100 - Umweltschutzmaßnahmen**

Mitgliedsbeitrag Klima-Bündnis

Minderaufwand ab 2016: 220 €

Umsetzung

Kündigung der Mitgliedschaft und damit Einsparung des Beitrages. Die Kündigung kann zu jeder Zeit erfolgen.

**zu 6 Produkt 61100**

Vereinbarung mit der Region Hannover betr. Erstattung nach § 90 III SGB VIII

Minderaufwand ab 2016: 378.000 €

Umsetzung

Abschluss einer Vereinbarung mit der Region Hannover: Die Stadt Burgdorf verzichtet auf die Erstattung der pauschalen Erstattung ausgefallener Elternbeiträge (gem. § 90 Abs. 3 SGB VIII) und im Gegenzug werden von der Region Hannover die Hebesätze für die Regionsumlage gesenkt.

**zu 7 Produkt 61100**

Erhöhung der Vergnügungssteuer

Mehrertrag ab 2016: 11.000 €

Umsetzung

Erhöhung der Vergnügungssteuer i. J. 2016 von 14% auf 15% und eine weitere Erhöhung i. J. 2018 auf 20 %.

## **6. Zusammenfassung und Ausblick**

Nach wie vor steigt in Niedersachsen die Zahl der Städte und Gemeinden, die unausgeglichene Haushalte haben und deshalb Haushaltssicherungskonzepte aufstellen oder fortzuschreiben müssen. In den überwiegenden Fällen kann jedoch der Haushaltsausgleich wegen stetig sinkender Erträge bzw. steigender Aufwendungen sowie zusätzlicher Aufgaben dadurch nicht erreicht werden.

Für die Stadt Burgdorf besteht seit dem Haushaltsjahr 2010 die Verpflichtung, entsprechende Haushaltssicherungskonzepte aufzustellen. Sowohl alle Ratsfraktionen als auch die Verwaltung sind stets bemüht, Maßnahmen zur Verbesserung der defizitären Haushaltslage zu erarbeiten.

Die Zielsetzung hierbei ist

- kurzfristig: Ausgleich des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit,
- mittelfristig: Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses und
- langfristig: Erzielung eines positiven ordentlichen Ergebnisses.

Das hier vorliegende Haushaltssicherungskonzept bildet dabei nur einen Teil der insgesamt ergriffenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ab. Darüber hinaus wird insbesondere jeweils bereits schon bei der Aufstellung des Haushalts darauf hingewirkt, das Verhältnis zwischen Aufwendungen und Erträgen zu optimieren, um Fehlbeträge möglichst zu vermeiden. Auch im Rahmen der Bewirtschaftung wird auf größtmögliche Effizienz und Effektivität geachtet. Im Ergebnis wird es aber generell, so auch für die Stadt Burgdorf, mit fortschreitender Konsolidierungsdauer zunehmend schwieriger, zusätzliche Konsolidierungspotentiale zu erschließen.

Die Verwaltung wird gemeinsam mit der Politik natürlich auch weiterhin engagiert daran arbeiten, durch Aufwandsreduzierungen bzw. auch Ertragserhöhungen wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Grundsätzlich bleibt jedoch festzustellen, dass es ohne grundlegende Änderungen zur Verbesserung der Ertragssituation der Kommunen, z.B. im Rahmen des Finanzausgleichs, kaum möglich sein wird, den Haushaltsausgleich in dem vorgeschriebenen Zeitraum zu erreichen.

## Haushaltssicherungskonzept 2016

### A. Fortschreibung der Haushaltssicherungskonzepte 2010 bis 2015

#### A1. Maßnahmen, die bereits im Haushaltsplan 2016 berücksichtigt wurden

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Abt.	HSK	2015	2016	2017	2018	2019	Begründung
					€	€	€	€	€	
1	11100	Städtepartnerschaften	10	2012	1.400	1.400	1.400	1.400	1.400	Einsparung der jährlichen Haushaltsmittel zur Pflege der Städtepartnerschaften
2	11100	Großraumdeckertag	10	2012	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	Keine weitere Beteiligung der Stadt Burgdorf an der zentralen Veranstaltung zum Großraumdeckertag in Hannover
3	11101	Öffentlichkeitsarbeit	10	2012	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit (Werbematerial, Broschüren, Give-Aways etc.)
4	11102	Verwaltungsnebenstellen	10	2011	26.000	26.000	26.000	26.000	26.000	Schließung der Verwaltungsnebenstellen Otze und Raml. / Ehlersh.
5	11102	Geschäftsaufwendungen allgemein	10	2014	15.800	15.800	15.800	15.800	15.800	Reduzierung des Leistungsumfangs
6	11102	Geschäftsaufwendungen Bürobedarf	10	2014	10.400	10.400	10.400	10.400	10.400	Reduzierung des Leistungsumfangs
7	11102	Erwerb geringw. Vermögensgegenstände	10	2014	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	Reduzierung des Leistungsumfangs
	11102	Löschung Softwarelizenzen auf versch. Arbeitsplätzen	10	2015	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	Nicht zwingende Softwarelizenzen werden gelöscht.
	div. 426100	Schulungen	10	2015	17.500	17.500	17.500	17.500	17.500	Externe Schulungen für neue Programme durch interne Schulungen ersetzen.
	11102	Senkung der Verbrauchsmittel durch Einsatz neuer Druckertechnologien	10	2015	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	Durch den Einsatz u.a. von Multifunktionsgeräten und neuer Druckertechnologien sollen die Verbrauchskosten gesenkt werden.
8	11106	Glasreinigungskosten	25	2010	0	10.000	0	10.000	0	Reduzierung d. Reinigung von 2x auf 1x jährl.
9	11106	Gebäudewirtschaft - Betriebskosten	25	2011	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	Reduzierung der Unterhaltungs- und Bewirtschaftungsaufwendungen durch die Veräußerung von Liegenschaften (Weidendamm, V.d.Celler Tor, Eseringer Str., Ratsweg)
10	11106	Energieeinsparungen	25	2012	2.800	2.800	2.800	2.800	2.800	Energieeinsparungen durch Sanierung der Heizung und der Wärmedämmung in der GS Otze
11	11112	Vermessung u. Werbung Grundstücke	80	2010	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	Verzicht auf nicht zwingende Vermessung/Werbung
12	11112	Aufwend. f. sonst. Dienstleistungen	80	2010	500	500	500	500	500	Reduktion Pflege städt. Flächen durch Bauhof
13	12201	Bürgerbüro	33	2012	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	Reduzierung der Öffnungszeiten im Bürgerbüro, dadurch Einsparung 1/2 Stelle
14	12201	Bürgerbüro	33	2013	0	0	0	0	0	Streichung des Zuschussbetrages für den Bereich Kfz-Zulassung
15	12203	Verwarnungsgelder fließender Verkehr	39	2011	23.000	23.000	23.000	23.000	23.000	Anschaffung neue Kamera und Optimierung der Einsatzmöglichkeiten der Kamera zur Überwachung des fließenden Verkehrs
16	3321.	Benutzungsgebühren		2011	79.000	79.000	79.000	79.000	79.000	Erhöhung der Benutzungsgebühren um 10% mit Ausnahme der kostendeckenden Bereiche (Abwasser, Straßenreinigung u. Marktwesen) und der Kindergärten

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Abt.	HSK	2015	2016	2017	2018	2019	Begründung
17	21100	Gudrun-Pausewang-Grundschule - Benutzungsgebühren	40	2010	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	Änderung: Erhöhung d. Pauschale f. Nutzung Sporthalle TSV 1. Handball - 8.000 € statt bisher 6.000 €; Anpassungen werden regelmäßig geprüft
18	21100	Lehrschwimmbecken Gudrun-Pausewang-GS	40	2012	33.300	33.300	33.300	33.300	33.300	Sofortige und endgültige Schließung des Lehrschwimmbeckens in der Gudrun-Pausewang-Grundschule (saldierte Auswirkungen)
19	21100	Gudrun-Pausewang-GS	40	2014	0	0	100.000	200.000	200.000	Reduzierung Unterhaltungskosten
20	21700	Gymnasium	40	2014	0	0	53.000	106.000	159.000	Reduzierung der Zahlung von Gastschulgeldern
20	21800	Gesamtschulen	40	2010	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	Zahlung Zuschuss für ALG II Empfänger durch Job Center
21	24300	Zuschüsse an übrige Bereiche - Schulbeihilfen	40	2010	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	Reduzierung der Haushaltsmittel im Budget der Stadtbücherei (Vorschlag von Abt. 15 aufgrund Controlling-Untersuchung)
22	27200	Stadtbücherei	40	2012	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	Verbesserung des Kostendeckungsgrades alle 2 Jahre um 1%
23	27200	Stadtbücherei	40	2013	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	Die Schützenfeste und das Ratschießen werden nicht mehr finanziell unterstützt
24	28100	Aufwendungen für Schützenfeste und Ratschießen	10	2012	4.600	4.600	4.600	4.600	4.600	Anpassung der Nebenkostenpauschale
25	31500	Benutzungsgebühren	32	2010	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	Streichung des freiwilligen Zuschusses für den Fahrdienst Essen auf Rädern der Diakonie
26	31501	Essen auf Rädern	50	2012	500	500	500	500	500	Durch geeignete Maßnahmen soll die Notwendigkeit von Heimunterbringungen vermieden werden
27	36300	Jugendamt	51.1	2012	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	Anpassung der Gebühren um 3% im Jahr 2011 und 2% im Jahr 2013
28	365...	Gebühren Kindergarten	51.1	2011	24.500	24.500	24.500	24.500	24.500	Mehrtrag Kita-Gebühren durch Umstellung der Gebührentafelungen
29	365...	Gebühren Kindergarten	51.1	2013	2.000	5.000	5.000	5.000	5.000	Durch Anpassung der Gebühren an die Betreuungszeiten sollen Mehrerträge erzielt werden.
	365...	Harmonisierung der Kitagebühren zum 01.08.14 und 01.08.15	51.1	2015	95.000	95.000	95.000	95.000	95.000	Einstellung der Erwachsenenförderung
30	42100	Allgemeine Sportförderung	40	2013	2.800	2.800	2.800	2.800	2.800	Durch Anpassung der Energiekostenbeteiligung der Sportvereine bei Nutzung der städtischen Einrichtungen sollen Mehrerträge erzielt werden.
	42400	Anpassung der Energiekostenbeteiligung der Sportvereine für Nutzung städt. Einrichtungen	40	5015	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	Erhöhung Eintrittspreise HFB um 10%
31	42401	Bäder Zuschuss an WBB	10	2011	23.000	23.000	23.000	23.000	23.000	Verringerung der Vergabe von externen Planungsleistungen
32	51100	Städtebau- und Stadtplanung	61	2013	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	Einführung von Gebühren für die Überprüfung und Korrekturen von Stadtplänen
33	51100	Gebühren Städtebau- und Stadtplanung	61	2012	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	Gebührenerhöhung für Vorkaufsrechtsverzichtserklärungen und für Mehrausfertigungen von B-Plänen
34	51100	Gebühren Städtebau- und Stadtplanung	61	2012	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	Erhebung von Verwaltungsgebühren für Akteneinsichten
35	52100	Gebühren Bauverwaltung	60	2012	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	Verringerung der Abfallmengen
36	53700	Abfallentsorgung	66	2011	3.500	3.500	3.500	3.500	3.500	Durch den Abschluss von Nutzungsvereinbarungen für die Wertstoffinseln außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Flächen im Stadtgebiet sollen Erträge erzielt werden.
	53700	Nutzungserlöse für Wertstoffinseln	66	2015	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Abt.	HSK	2015	2016	2017	2018	2019	Begründung
37	53810	Abfallbeseitigung - Abwasser	66	2011	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	Verringerung der Abfallmengen
38	53810	Unterhaltung Kläranlage	66	2014	0	0	165.000	165.000	165.000	Reduzierung der Betriebskosten
39	54100	Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze	66	2011	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	Abstellen der LSA Marktstr., Poststr./Schlossstr., Rathaus I, Vor den Höfen
40	54100	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	66	2011	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300	Abstellen der LSA Marktstr., Poststr./Schlossstr., Rathaus I, Vor den Höfen
41	54100	Unterhaltung Grünflächen, Baumschnittarbeiten	66	2011	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	Umstellung der Baumschnittarbeiten, Einsatz eines eigenen Hubsteigers, dadurch geringere Kosten
42	54500	Optimierung der Straßenreinigung	22	2013	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	Reduzierung der Reinigungsklassen, dadurch Verringerung des öffentlichen Anteils
43	54501	Reduzierung der Stromkosten für Straßenbeleuchtung	66	2012	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	Nachabschaltung der Straßenbeleuchtungsanlagen z.B. in unkritischen Bereichen und / oder Nebenstraßen im Zeitraum von 01.00 Uhr bis 04.00 Uhr
44	54501	Straßenbeleuchtung	66	2013		20.000	20.000	20.000	20.000	Einsparung von Stromkosten wegen Umstellung auf energieeffizientere Leuchtmittel
45	54600	Ausweisung zusätzlicher Parkplätze zur Bewirtschaftung mit Parkscheinautomaten	66	2012	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000	Bewirtschaftung von ca. 45 Parkplätzen auf dem Schützenplatz und ca. 21 Parkplätzen auf dem Finanzamtparkplatz mit Parkscheinautomat (vorher Bewirtschaftung mit Parkscheibe)
46	55100	Reduzierung Baumpflegemaßnahmen	66	2012	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	Durch verstärkte Auslichtung zu dicht wachsender Gehölzbestände soll im Laufe der nächsten Jahre der Aufwand für Baumpflegemaßnahmen dauerhaft gesenkt werden
47	55200	Gewässerunterhaltung	31	2012	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	Streichung des Zuschusses für die Realverbände zur Gewässerunterhaltung der Gewässer III. Ordnung
48	55300	Friedhöfe	66	2014	54.000	54.000	54.000	54.000	54.000	Neue Gebührenstaffelung
49	55300	Friedhöfe	66	2014	13.500	81.000	81.000	81.000	81.000	Rekommunalisierung der Friedhofspflege
50	55400	Zuschüsse an übrige Bereiche an andere Träger	31	2011	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100	Reduzierung / Aussetzung der Zuschüsse für private Baumpflegemaßnahmen
51	55400	Hunderttoiletten	66	2012	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	Finanzierung der Hundetoiletten durch Sponsoren
52	57100	Stadt- und Standortwerbung	80	2012	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	Reduzierung von Werbeanzeigen mit allgemeinem Charakter
53	57100	Mittel für Standortwerbung	80	2010	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	Reduzierung Etat für Standort- und Imagewerbung/Sponsorsuche
54	57100	Pflegemaßnahmen Bauhof/Gärtnerbauhof	80	2010	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	Reduzierung Kosten/Pflegemaßnahmen Bauhof
55	57101	Veranstaltungszentrum	25	2014	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	Änderung: Die ursprünglich angestrebte Konsolidierungsmasse wird nicht zu erzielen sein. Es bleibt aber auch künftig das Ziel, die Erträge aus Nutzungsentgelten zu steigern und in diesem Umfang den Zuschussbedarf zu reduzieren.
56	57300	Haltung von Fahrzeugen	66	2011	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	Reduzierung der Kosten durch Neuanschaffung
57	57301	Anteil Bilanzgewinn Stadtparkasse	20	2011	23.200	23.200	23.200	23.200	23.200	Erhöhung des Anteils am Bilanzgewinn der Stadtparkasse Burgdorf
58	57500	Druckerzeugnisse zur Imagewerbung	80	2010	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	Verzicht auf Druckerzeugnisse/Sponsorsuche
59	57500	Bauhof für Fremdenverkehrsförderung	80	2010	500	500	500	500	500	Verzicht auf Maßnahmen durch den Bauhof
60	57500	Fremdenverkehr	80	2014	500	2.600	2.600	2.600	2.600	Wegfall des Mitgliedsbeitrages

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Abl.	HSK	2015	2016	2017	2018	2019	Begründung
61	61100	Grundsteuer A und B	20	2010, 2011, 2013, 2015	569.462	573.871	578.172	581.398	584.624	Anhebung der Hebesätze auf 415 v. H. i.J. 2011, 420 v.H. i.J. 2012, 425 v.H. i.J. 2013, 435 v.H. i.J. 2014, 465 v.H. i.J. 2015
63	61100	Gewerbesteuer	20	2010, 2011, 2015	723.656	752.688	763.441	774.194	784.946	Anhebung der Hebesätze auf 415 v. H. i.J. 2011, 420 v.H. i.J. 2012, 425 v.H. i.J. 2013 und 465 v.H. i.J. 2015
64	61100	Grund- / Gewerbesteuer	20	2012	50.000	75.000	75.000	75.000	75.000	Mehreinnahmen bei der Grund- und Gewerbesteuer durch mittelfristige zusätzliche Impulse aus der Vermarktung von Gewerbeflächen, insbesondere am neuen Standort Nordwest
65	61100	Gewerbesteuer	20	2013						Prüfung der Hebesätze unter Berücksichtigung des Umfeldes
66	61100	Hundesteuer	20	2011	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	Anhebung der Hundesteuer um 5%
67	61100	Vergnügungssteuer	20	2012	33.200	33.200	33.200	33.200	33.200	Anhebung des Steuersatzes für die Spielgerätesteuern von 12% auf 14% ab 01.07.2013
68	61200	Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite	21	2011	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	Zinssparnis durch Optimierung der Liquiditätsplanung
69	126, 21, 272, 365, 366	Budgetierungsrichtlinien	20	2012	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	Einsparungen durch die Einführung von einheitlichen Budgetierungsrichtlinien
70	versch.	Prozessoptimierung	15	2012	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	Erwartetes monetäres Ergebnis durch Prozessoptimierungen
71	versch.	Kalkulatorische Verzinsung	20	2013	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	Mehrtrag von kalkulatorischen Zinsen bei Erhöhung des Zinssatzes auf 4 %
<b>Gesamt</b>					<b>2.417.318</b>	<b>2.578.359</b>	<b>2.901.413</b>	<b>3.078.392</b>	<b>3.140.770</b>	

**A2. Maßnahmen, die noch nicht im Haushaltsplan 2016 berücksichtigt wurden und somit das Ergebnis 2016 verbessern**

1	versch.	Globale Minderausgaben / Ergebnisverbesserung		2011	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	Einsparungen durch globale monetäre Zielvorgaben
---	---------	---	--	------	-----------	-----------	-----------	-----------	-----------	--

## Haushaltssicherungskonzept 2016

### B Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts - Neue Sicherungsmaßnahmen

#### **B1. Konkrete Sicherungsmaßnahmen**

Nr.	Produkt	Bezeichnung	2016	2017	2018	2019	Begründung
			€	€	€	€	
1	11106	Gebäudewirtschaft - Energiekosteneinsparungen bei div. Gebäuden	24.200	48.560	48.560	48.560	Energiekosteneinsparungen aufgrund von Kesselerneuerungen in div. Gebäuden und einem neuen Blockheizkraftwerk
2	21300-22100	Einführung eines Energiesparmodells in Schulen	12.500	12.500	12.500	12.500	Einsparung von Energiekosten durch Schulung von Schülern/innen und Lehrern/innen.
3	21700	Gymnasium - Einsparung Unterhaltungskosten für den C-Trakt	118.800	59.400	0	0	Einsparung von Unterhaltungskosten für den abgerissenen C-Trakt
4	56100	Mitgliedsbeitrag ALG	0	300	300	300	Kündigung der Mitgliedschaft und damit Einsparung des Beitrages. Die Kündigung erfolgt zum 31.12.2016.
5	56100	Mitgliedsbeitrag Klima-Bündnis	220	220	220	220	Kündigung der Mitgliedschaft und damit Einsparung des Beitrages. Die Kündigung kann zu jeder Zeit erfolgen.
6	61100	Vereinbarung mit der Region Hannover betr. Erstattung nach § 90 III SGB VIII	378.000	378.000	378.000	378.000	Abschluss einer Vereinbarung mit der Region Hannover: Die Stadt Burgdorf verzichtet auf die Erstattung der pauschalen Erstattung ausgefallener Elternbeiträge (gem. § 90 Abs. 3 SGB VIII) und im Gegenzug werden von der Region Hannover die Hebesätze für die Regionsumlage gesenkt.
7	61100	Erhöhung Vergütungssteuer	11.000	22.000	115.000	115.000	Erhöhung der Vergütungssteuer i. J. 2016 von 14% auf 15% und eine weitere Erhöhung i. J. 2018 auf 20 %.
<b>Gesamt</b>			<b>520.520</b>	<b>472.420</b>	<b>506.020</b>	<b>506.020</b>	

#### **B2. Untersuchungen zu möglichen (zukünftigen) Haushaltssicherungsmaßnahmen**

Nr.	Produkt	Bezeichnung	2016	2017	2018	2019	Begründung
1	11103	Personalwesen					Überprüfung der Abläufe (Fremdvergabe der Gehaltsabrechnung erfolgt zum 01.01.2016. Konkrete Einsparungen können frühestens ab 2017 beziffert werden)
2	11106	Gebäudewirtschaft					Überprüfung des Gebäudebestandes, insbesondere auch Untersuchung Neuorganisation der Rathäuser; mögl. Outsourcing einzelner Leistungen
3	versch.	Freiwillige Leistungen					Überprüfung der freiwilligen Leistungen